



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten
für Pforzheim und den Enzkreis

Bundeshaushalt 2012 weiter auf Konsolidierungskurs

Kalte Progression soll vermindert werden, Sozialbeiträge sinken

Die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der parlamentarischen Sommerpause war geprägt durch die Grundsatzentscheidung der christlich-liberalen Koalition, untere und mittlere Einkommen zum 1. Januar 2013 steuerlich zu entlasten und die kalte Progression zu vermindern. Zudem sollen die Sozialbeiträge sinken.

Außerdem legte Bundesfinanzminister Schäuble den Entwurf zum Bundeshaushalt 2012 und zum Finanzplan bis 2015 vor. Mit diesem Entwurf geht die Koalition einen weiteren Schritt auf dem Weg der Gesundung der Staatsfinanzen. Noch für das Jahr 2010 musste der Bund mit einer Nettokreditaufnahme von 86 Milliarden Euro planen. In diesen Tagen ist bereits absehbar, dass die Nettokreditaufnahme im Jahr 2011 auf rund 30 Milliarden Euro sinkt. Dies ist nicht zuletzt der guten wirtschaftlichen Entwicklung geschuldet, die auch eine Folge des wachstumsorientierten Konsolidierungskurses der christlich-liberalen Koalition ist.

Mit dem vorgelegten Entwurf hält die Bundesregierung auch 2012 und in den Folgejahren die Vorgaben der seit diesem Jahr geltenden Schuldenbremse strikt ein. Das von der Schuldenbremse vorgegebene Ziel eines strukturell nahezu ausgeglichenen Haushalts wird in jedem Fall erreicht werden. Das strukturelle Defizit des Bundeshaushalts wird bis 2015 im Durchschnitt jährlich um fünf Milliarden Euro sinken.

Wie sehen nun die wesentlichen Haushaltskennziffern aus: Die Ausgaben des Bundes im Jahr 2012 werden 306 Milliarden Euro betragen. Damit bleibt der Ausgabenanstieg des Bundeshaushalts deutlich unterhalb der erwarteten Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts. Die Nettokreditaufnahme

im Jahr 2012 wird bei 27,2 Milliarden Euro liegen. Größter Ausgabeposten wird weiterhin der Sozialbereich sein.

Die Steuereinnahmen entwickeln sich für alle staatlichen Ebenen positiv. Für den Bund wird für 2012 und die Folgejahre zusätzlich mit durchschnittlich 4 Mrd. Euro gerechnet. Der positive Konjunkturverlauf unterstützt die Bundesregierung einerseits beim Defizitabbau, andererseits ergeben sich zusätzliche Handlungsspielräume auf der Einnahmenseite, die zur Entlastung der unteren und mittleren Einkommen genutzt werden können. Die Koalition wird im Herbst die vorhandenen Spielräume ausnutzen, damit mehr Netto vom Bruttoeinkommen beim Steuerzahler verbleibt. Dabei soll die „kalte Progression“ vermindert werden. Denn diese bewirkt, dass Arbeitnehmer nach einer Lohnerhöhung durch gestiegene Steuersätze letztlich schlechter gestellt sind. Außerdem werden angesichts der guten Beschäftigungslage die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt. So erreicht die Koalition, dass alle Bürgerinnen und Bürger am Aufschwung teilhaben können.

Mit dieser Entscheidung wird der Kurs der steuerlichen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger konsequent fortgesetzt: Bereits im Jahr 2010 wurden mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz das Kindergeld und die Kinderfreibeträge deutlich angehoben. Durch das Steuervereinfachungsgesetz, das im wesentlichen zum 1.1.2012 in Kraft tritt, wird zusätzlich zu den Steuervereinfachungen auch die Steuerbelastung um rund 600 Millionen Euro gesenkt. Durch die vereinbarte weitere Entlastung zum 1. Januar 2013 entsteht für die Bürger zusätzlicher finanzieller Freiraum, der Voraussetzung für mehr Konsum und mehr Investitionen ist. Steuerpolitik ist damit auch Wachstumspolitik.

UN-Bericht verzerrt soziale Lage!

Für großes Medienecho sorgte ein Bericht des Uno-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Demnach sei die Situation in Deutschland von hungernden Schulkindern, vernachlässigten Alten in menschenunwürdigen Pflegeheimen und diskriminierten Ostdeutschen geprägt. Doch wer näher recherchiert erkennt schnell, dass dieser „Bericht“ im Wesentlichen auf Behauptungen linker regierungskritischer Organisationen wie z.B. attac beruhen. So sollen in Deutschland angeblich 25% der Schüler ohne Frühstück in die Schule gehen und dadurch an Mangelernährung leiden. Im Übrigen wurde im selben Bericht auch die soziale Lage in Russland, der Republik Moldau und dem Jemen untersucht! Hintergründe zur Entstehung des „Berichts“ finden Sie bei Spiegel-Online:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,773055,00.html>

Präimplantationsdiagnostik zugestimmt

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag abschließend über drei Gesetzentwürfe debattiert, deren Ziel eine gesetzliche Regelung für den künftigen Umgang mit den umstrittenen Gentests an künstlich erzeugten Embryonen ist. Alle Gesetzentwürfe wurden von fraktionsübergreifenden Parlamentariergruppen vorgelegt. Mit einer Mehrheit von 326 Abgeordneten stimmte der Deutsche Bundestag dem von Peter Hintze initiierten Gesetzentwurf zu, mit dem die PID eingeschränkt erlaubt werden soll. Nach dem positiven Votum einer Ethikkommission soll die PID an zugelassenen Zentren aber nur solchen Paaren ermöglicht werden, die die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder bei denen mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Ein zweiter Gesetzentwurf, der ein striktes Verbot der PID vorsah erhielt mit 228 abgegebenen Stimmen keine Mehrheit.

Ahndung von Widerstand gegen Staatsgewalt

Polizeibeamte und andere Personen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen und immer häufiger Ziel gewalttätiger Angriffe werden, sollen besser geschützt werden. Dazu hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches vorgelegt, der in dieser Woche in zwei-

ter und dritter Lesung beraten wurde. Mit dem Gesetz wird unter anderem der Strafrahmen für den Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte von zwei auf drei Jahre angehoben und der geschützte Personenkreis um Feuerwehrleute und Angehörige von Rettungsdiensten erweitert. Ferner werden auch Fahrzeuge der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste sowie bedeutende technische Arbeitsmittel dieser Stellen in den Kreis der durch § 305 a StGB besonders geschützten Sachen einbezogen.

Entschädigung für ehemalige Heimkinder

Kinder und Jugendliche, die während einer kommunalen oder kirchlichen Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zwischen 1949 und 1975 zu Opfern von Unrecht und Misshandlungen geworden sind, sollen entschädigt werden. Dafür machten sich die Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und von Bündnis 90/Die Grünen in einem gemeinsamen Antrag stark, der an die Empfehlungen des Runden Tisches Heimerziehung anknüpft und in dieser Woche mit Mehrheit verabschiedet wurde.

Liebe Leserinnen und Leser,
heute tagte der Bundestag zum letzten Mal vor der parlamentarischen Sommerpause. Zuvor wurde gestern in einer sehr intensiven Diskussion über die PID debattiert. Ich habe mich in der Abstimmung für die Zulassung der PID in engen Grenzen entschieden. Erblich vorbelastete Eltern stehen vor schweren Konflikten, weil sie Fehlgeburten oder schwerste Erbschäden befürchten müssen. Diese leidgeprüften Eltern dürfen wir nicht alleine lassen.

Die kommenden Wochen bis zum Beginn der Ferienzeit in Baden-Württemberg werde ich wie jedes Jahr intensiv dafür nutzen, um Schulen, Unternehmen, Gemeinden und Vereine zu besuchen. Falls wir uns bei diesen Gelegenheiten nicht sehen sollten, darf ich Ihnen und Ihren Familien bereits heute eine schöne Ferienzeit, etwas ruhigere Tage und viel Erholung wünschen!

Ihr

